Presseaussendung
4. Juni 2025

Frieden bedarf sozialer und ökologischer Gerechtigkeit – finanzielles Engagement Österreichs bleibt dafür unerlässlich

Anlässlich des Weltumwelttages der Vereinten Nationen am 5. Juni verweisen Bischof Freistetter, Vorsitzender der KOO, und Anja Appel als Leiterin der KOO auf die Bedeutung des österreichischen Engagements angesichts globaler ökologischer und sozialer Herausforderungen. „In den mehr als 50 Jahren seit der Gründung des UN-Umweltprogramms hat die Weltgemeinschaft viel über Zusammenhänge zwischen Menschen und Umwelt dazugelernt. Papst Franziskus hat 2015 in seiner Enzyklika Laudato Si die Notwendigkeit einer ganzheitlichen Herangehensweise an soziale und ökologische Probleme dargelegt, die auch von vielen multilateralen Institutionen mittlerweile geteilt wird. Gerade in Zeiten, in denen sich viele angesichts zahlreicher Kriege Frieden wünschen, braucht es umso mehr Engagement für Gerechtigkeit in sozialer, ökologischer und ökonomischer Hinsicht.“, so Bischof Freistetter.

Im Hinblick auf die aktuelle parlamentarische Befassung mit dem Budgetvorschlag, zeigt sich Anja Appel besorgt: „Die im Doppelbudget 2025/26 vorgesehenen Kürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe sowie die bereits avisierten weiteren Kürzungen in den Folgejahren lassen das notwendige Engagement und den Gestaltungswillen Österreichs in der Weltgemeinschaft vermissen. Gerade nach dem plötzlichen, rein ideologisch begründeten, Wegbrechen der us-amerikanischen Finanzierung vieler internationaler Gesundheits-, Entwicklungs- und Klimaprogramme müssen sich andere reiche Länder ihrer weltweiten finanziellen Verantwortung stellen, anstatt durch zusätzliche Unterlassung von Hilfe die Situation für die Ärmsten dieser Welt noch zu verschlimmern.“ Dabei sei wichtig, dass Frieden und Sicherheit auch durch zivile Mittel unterstützt werden. Gerade jetzt sollte sich Österreich maßgeblich daran beteiligen, die entstandenen Leerstellen zu füllen, da die Soft-power-Effekte solchen Engagements eine nicht zu unterschätzende Vertrauensbasis und damit Fundament auch für politische und wirtschaftliche Kooperation schaffen. Auch die Verpflichtung zur Einhaltung eines konsequenten nationalen Klimaschutzpfades gehört laut KOO zur Gerechtigkeitsfrage eines historisch großen Pro-Kopf-Emittenten wie Österreich dazu. Ein solcher Beitrag zur Stabilisierung des Klimas sei jedoch durch die vorgesehenen Kürzungen nationaler Klimaschutzförderungen gefährdet.

Neben der direkten Finanzierung in Form multi- und bilateraler Mittel gibt es für Staaten wie Österreich auch eine andere Förderungsmöglichkeiten der Partnerländer. So ist die weltweite Verschuldungssituation vieler armer Staaten im Vorfeld zum UN-Gipfel für Entwicklungsfinanzierung das zentrale Thema. Einerseits geht es dort um die Schaffung einer nachhaltigen und fairen Schuldenarchitektur in Form einer rechtsverbindlichen Schuldenrahmenkonvention, denn große Teile des Globalen Südens sind kritisch verschuldet. Das heißt, sie müssen einen nicht mehr tragfähigen Teil ihrer Staatseinnahmen für die Rückzahlung von Schulden aufwenden – statt in öffentliche Daseinsvorsorge oder Klima- und Umweltschutz investieren zu können.
Andererseits geht es im Vorfeld zum UN-Klimagipfel darum, wie die ökologischen Schulden der reichen Länder finanziell und durch politische Maßnahmen ausgeglichen werden können. Dabei ist laut Appel von zweierlei Schulden auszugehen: einerseits die ökonomisch-ökologischen Schulden durch die Ausbeutung, Verschmutzung und Zerstörung ökologischer Systeme in Ländern des Globalen Südens und andererseits Treibhausgasschulden gegenüber der gesamten Menschheitsfamilie aufgrund überdimensionaler Emissionen von Treibhausgasen durch auf fossiler Energie basierenden Wirtschaftsweise.

„Das weltweite Engagement der Katholischen Kirche für die integrale menschliche Entwicklung, für Entschuldung, insbesondere im Rahmen des Jubilee-Jahres sowie und insgesamt für die Bewahrung der Schöpfung bleibt daher weiterhin unerlässlich“, versichert Bischof Freistetter.